

Kommentar: Kopenhagen und die Folgen – die Zukunft internationaler Klimapolitik

Viel Lärm um sehr wenig – so könnte man das Ergebnis der am 18. Dezember 2009 zu Ende gegangenen UN-Klimakonferenz zusammenfassen. In Kopenhagen trafen sich Vertreter aus fast 200 Staaten, um über die Zukunft der internationalen Klimapolitik zu verhandeln. Zentrales Ergebnis dieser Verhandlungen ist der „Copenhagen Accord“ – ein zwölf Punkte umfassendes kurzes Dokument. Im Wesentlichen enthält es das bereits Mitte 2009 in L’Aquila von den emissionsintensivsten Staaten beschlossene Ziel, die globale Erwärmung um nicht mehr als 2°C gegenüber vorindustriellen Zeiten ansteigen zu lassen, sowie die Erkenntnis, dass hierzu tiefe Einschnitte bei den Emissionen notwendig sind. Allerdings wurde weder das bereits 2007 festgelegte Ziel erreicht, bis Ende 2009 ein völkerrechtliches Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zu vereinbaren, noch enthält das Papier das im Vorfeld der Konferenz wiederholt genannte Ziel einer Halbierung des CO₂-Ausstoßes bis 2050. Das Ergebnis von Kopenhagen kann bestenfalls die Grundlage für weitere internationale Verhandlungen sein. Wie bereits auf dem Weg zum Kyoto-Protokoll gestalten sich die Verhandlungen schwieriger und langwieriger als erhofft – ein kritisches Zeichen angesichts der immer schneller steigenden Emissionen in den Schwellenländern und den immer noch sehr hohen Emissionen in den Industriestaaten.

Je mehr Zeit bis zur Einigung über verbindliche Reduktionsziele verstreicht, desto schwerer wird es sein, diese dann auch einzuhalten. Dies gilt insbesondere, wenn am 2°C-Ziel und den nach aktuellen Erkenntnissen hierfür notwendigen Maßnahmen festgehalten werden soll. Es mag zynisch klingen, aber je mehr Zeit die Verhandlungen über Minderungsmaßnahmen in Anspruch nehmen, desto wichtiger wird die Rolle der Maßnahmen zur Anpassung an die globale Erwärmung. Die hierfür nötigen finanziellen Mittel stehen für Minderungsmaßnahmen dann aber nicht mehr zur Verfügung. Die Betroffenheit vom Klimawandel ist regional sehr unterschiedlich und auch die Interessen der Betroffenen sind wahrlich nicht gleichgerichtet – auch dies wurde während der Verhandlungen in Kopenhagen wiederholt deutlich. Die zukünftig von der globalen Erwärmung am stärksten betroffenen Länder, etwa die afrikanischen Staaten, sind zugleich diejenigen mit den geringsten Treibhausgasemissionen. Die USA – immer noch zweitgrößter CO₂-Emittent der Erde – zeigten sich erstmals bereit, sich international zum Klimaschutz zu verpflichten. Noch vor ein paar Jahren erschien dies undenkbar. Dennoch kann US-Präsident Obama international keine Zugeständnisse machen, die er nicht einhalten kann. Zwar wurden Treibhausgase von der US-amerikanischen Umweltbehörde EPA als Risiko für die menschliche Gesundheit klassifiziert, der „American Clean Energy and Security Act“ wurde jedoch bislang nicht vom US-Senat verabschiedet. Amerika scheint sich zu bewegen – aber nur sehr langsam. China und andere schnell wachsende Schwellenländer würden sich auf keine verbindlichen Ziele festlegen, die ihr wirtschaftliches Wachstum gefährden könnten. Trotzdem erkennen auch diese Länder mittlerweile ihren Beitrag durch die schnell steigenden Emissionen an. Dies geschieht allerdings ebenfalls nur sehr langsam. Die Europäische Union legte im Vorfeld der Konferenz relativ ambitionierte Ziele vor. Das Signal, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 30% verringern zu wollen, scheint jedoch für andere Staaten zu schwach gewesen zu sein. Nach dem Ende der Kopenhagen-Konferenz stellt sich nun die Frage nach der zukünftigen Rolle der EU in der internationalen Klimapolitik.

Wenig zielführend erscheint es, die Minderungsziele Europas im Alleingang immer weiter nach oben schrauben zu wollen, während andere Staaten sich hier in Zurückhaltung üben. Der Klimawandel ist ein globales Problem und kann nur global gelöst werden. Weiter bestünde für die EU die Gefahr, durch starke einseitige Reduktionsziele ihre Wettbewerbsfähigkeit zu beeinträchtigen. Dieses Argument wird auch von anderen Staaten, deren Industrie im internationalen Wettbewerb steht, immer wieder angeführt. Zwar wäre es denkbar, Strafzölle gegenüber Staaten einzuführen, die sich zu keinen oder nur sehr geringen Minderungszielen verpflichtet sehen. Neben technischen Herausforderungen, einen adäquaten Steuersatz für verschiedenste Güter zu bestimmen, birgt die Einführung solcher Zölle im Extremfall jedoch die Gefahr eines Handelskrieges. Die mit Strafzöllen belegten Staaten würden der EU vermutlich Protektionismus vorwerfen und ihrerseits wiederum Strafzölle auf europäische Produkte einfördern. Es gibt jedoch noch einen anderen Weg für die EU, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Angesichts der Begrenztheit fossiler Rohstoffe und des international weiter steigenden Energiebedarfs werden nicht-fossile Energiequellen und Energieeffizienztechnologien in der Zukunft wichtiger werden, und selbst der größte „Klimaskeptiker“ wird diese Technologien einsetzen, wenn sie rentabel sind. Hier liegt die Chance für die EU und im Speziellen für Deutschland, durch innovative Technologien und Produkte in diesen Bereichen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dafür sind allerdings erhebliche Investitionen in Forschung und Entwicklung notwendig.

*Wilfried Ehrenfeld
(Wilfried.Ehrenfeld@iwh-halle.de)*